

Haushalt und Finanzen 2014

Rede von Kämmerer und Kreisdirektor Joachim L. Gilbeau anlässlich der Einbringung des Entwurfes des Kreishaushaltes 2014 am 13. November 2013 im Kreistag Coesfeld



(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort !)

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
in Ergänzung zu den Ausführungen des Landrats möchte ich auf die detaillierten Darstellungen im Vorbericht des Haushaltsentwurfes 2014 verweisen und mich auf einige wenige Anmerkungen beschränken.

1. Die Bezirksregierung hat in der Vergangenheit als Aufsichtsbehörde immer wieder auf die latente Gefahr einer Haushaltssicherung für den Kreis Coesfeld hingewiesen und die Bildung einer auskömmlichen Kreisumlage eingefordert. Der Kreis Coesfeld hat in der Vergangenheit bei der Festsetzung der Kreisumlage neben den gesetzlichen Erfordernissen einer Haushaltsausgleichspflicht (§ 56 Abs. 1 Satz 1 KrO NRW i. V. m. § 75 Abs. 2 GO NRW) immer die schwierige Situation der kreisangehörigen Kommunen im Blick gehabt. Dies gilt wiederum auch für das Haushaltsjahr 2014. Die Ansätze im Haushalt 2014 wurden unter Berücksichtigung der größtmöglichen Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit festgesetzt. Es konnte so ein ausgeglichener Haushalt aufgestellt werden, ohne die – doch sehr geringe - Ausgleichsrücklage in Anspruch zu nehmen.
2. Die vom Landrat vorgeschlagene Hebesatzsenkung auf 35,17 % für die Kreisumlage allgemein und auf 16,46 % für die Kreisumlage Mehrbelastung Jugendamt ist angemessen und sachgerecht, wird sich aber dauerhaft nicht wiederholen lassen.

Eine Studie des Landkreistages NRW hat ergeben, dass die Umlageentwicklung bei den Kreisen in NRW selbst bei intensivem Eigenkapitaleinsatz nicht annähernd mit der eingetretenen Aufwandssteigerung Schritt hält. Die seit 2009 eingetretene Zunahme des jährlichen Gesamtaufwands der Kreise kann durch die Zunahme der Schlüsselzuweisungen und die des Aufkommens aus der allgemeinen Umlage selbst bei zwischenzeitlichem Eigenkapitaleinsatz nicht aufgefangen werden. Zwischen Schlüsselzuweisungs- und Umlagesteigerung sowie Eigenkapitaleinsatz auf der einen und Aufwandssteigerung auf der anderen Seite klafft in den Haushaltsjahren 2010 bis 2013 landesweit eine Lücke von insgesamt 732 Mio. €. Lt. Feststellungen des LKT entspricht die Steigerung der allgemeinen Umlage der Kreise in den Jahren 2009 bis 2013 gerade einmal der kumulierten Steigerung in drei einzelnen Sozialleistungsbereichen (wie der Kosten der Unterkunft, der Hilfe zur Pflege und dem Pflegegeld) sowie der Zunahme der Landschaftsumlagezahllast der Kreise im gleichen Zeitraum. Steigerungen in sonstigen Sozialleistungsbereichen oder im Personal- und Sachaufwand aller anderen Verwaltungsbereiche werden dadurch nicht abgedeckt. Es ist illusorisch zu glauben, dass die damit vorliegende strukturelle Lücke durch Aufwandsreduzierungen an anderer Stelle ausgeglichen werden kann.

Ich werde diesen Gedanken später nochmals wieder aufgreifen.

3. Liquiditätsmanagement

Nachdem wir in den letzten Jahren auf die Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten verzichten konnten, wird sich dies nach bisherigen Erkenntnissen im kommenden Jahr schwieriger gestalten.

Die gebundenen Mittel aus der Rekultivierungsrücklage und erhaltene Anzahlungen, die bisher kassenbestandsverstärkend eingesetzt wurden, reichen im Jahre 2014 wohl nicht mehr aus.

Der für das laufende Haushaltsjahr 2013 im Gesamtfinanzplan vorgesehene Mittelabfluss von mehr als 10,5 Mio. € ist in diesem Umfang noch nicht eingetreten, so dass sich der Bestand der liquiden Mittel zum 31.10.2013 auf insgesamt rd. 25,1 Mio. € belaufen wird. In diesem Bestand sind jedoch auch Beträge enthalten, die bereits für bestimmte Zwecke vorgesehen sind (Mittel der Rekultivierungsrücklage 16,5 Mio. € oder erhaltene Anzahlungen 6,6 Mio. €) oder als fremde Mittel verwaltet werden. Dieser gebundene Anteil des Kassenbestandes beläuft sich zum selben Stichtag auf 23,1 Mio. €. Somit betragen die derzeit nicht gebundenen liquiden Mittel rd. 2,0 Mio. €.

Nicht berücksichtigt sind die kurzfristigen Verbindlichkeiten, die voraussichtlich mit 3,1 Mio. € den allgemeinen Kassenbestand belasten werden. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass diese Belastungen ebenso durch die eingehenden Zahlungen aufgefangen werden, wie die noch zu buchenden Auszahlungen. Zudem nicht einbezogen sind hierbei die Ermächtigungsübertragungen und die Finanzermächtigungsübertragungen von 2012 nach 2013, die zusammen mit rd. 15,3 Mio. € zu beziffern sind und die in künftigen Jahren zu Belastungen des Bestandes an liquiden Mitteln führen werden. Diese Belastungen werden jedoch nicht im Rahmen der Haushaltsplanung, sondern bei der Erstellung der jeweiligen Jahresabschlüsse ihren Niederschlag finden.

Im Gesamtbestand ist, wie bereits dargestellt, ein nicht unerheblicher Teil an liquiden Mitteln der Rekultivierungsrücklage enthalten. Für 2014 ist wie in der Vergangenheit vorgesehen, die Mittel der Rekultivierungsrücklage anteilig in mittel- oder langfristige Finanzanlagen einzubringen, um zukünftige Risiken des Deponieabschlusses angemessen abzusichern und die erfolgreiche Anlagestrategie der letzten 15 Jahre nicht aufzugeben.

4. Schuldenlage des Kreises

Nachdem der Kreis Coesfeld viele Jahre auf eine Kreditermächtigung verzichten konnte, enthält der Haushalt 2014 nun - wie im Vorjahr - eine entsprechende Ermächtigung. Dabei handelt es sich um Mittel aus KfW-Darlehen, die unter Berücksichtigung der außerordentlich günstigen Zinsstruktur für Baumaßnahmen aus dem Bereich Gebäudemanagement vorgesehen sind.

Zur Finanzierung der Investitionsauszahlungen für die Fortsetzung der Gesamtsanierung des Oswald-von-Nell-Breuning-Berufskollegs (1.883.3000 €) und für die Sanierung des Pictorius-Berufskollegs (neue Maßnahme mit 3.570.000 €) sollen in 2014 zinsgünstige Kredite bei der KfW in Höhe von insgesamt 5.453.300 € aufgenommen werden. Nach Abzug von Tilgungsleistungen von 1.940.000 € ergibt sich damit für 2014 eine Nettoneuverschuldung von 3.513.300 €.

Für die Jahre 2015 bis 2017 sind dagegen keine Kreditaufnahmen vorgesehen und damit ist nach derzeitigen Erkenntnissen wieder ein höherer Abbau der Schulden möglich.

Diese Vorgehensweise ist in besonderer Weise kommunalfreundlich und führt zu einer geringeren Belastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden; darüber hinaus entspricht sie auch dem Postulat der Generationengerechtigkeit, indem sie vermeidet, spätere Generationen finanziell über Gebühr zu belasten. Dieser Effekt wird dadurch verstärkt, dass nach unserer Beschlusslage die KfW – Darlehen nach Ablauf der Zinsbindungsfrist in 10 Jahren getilgt werden sollen, indem aufgrund der Zinseinsparungen und geringerer Bewirtschaftungskosten eine entsprechende Rücklage zur Tilgung aufgebaut und dann aufgelöst werden soll.

5. Das Handelsblatt titelte vor wenigen Tagen:

„Wie Deutschland auseinanderreißt: Von der Gleichheit der Lebensverhältnisse können die Deutschen nur träumen: Wie der Prognos-Zukunftsatlas zeigt, hängt der Süden den Norden ab, überholt der Osten Teile des Westens, schlägt die Provinz die Städte.“

„Eher ländlich strukturiert zu sein, bedeutet nicht automatisch, dass man rückständig, trostlos und ohne Zukunft ist“

„Erfolgreiche Regionen sind vor allem deshalb erfolgreich, weil vor Ort tatkräftige Menschen an den Wirtschaftswundern arbeiten. Und erfolglose Regionen sind vor allem deswegen erfolglos, weil sie an einer Mischung aus Larmoyanz, Tatenlosigkeit und Überbürokratie scheitern.“

Unter dem Haushaltstitel „ **Investitionen in die Zukunft**“

machen wir im Kreis Coesfeld deutlich, dass es für uns wichtig ist die Lebenschancen unserer Bürgerinnen und Bürger mit Investitionen in den Feldern

- Arbeit
- Bildung
- Sicherheit und
- Infrastruktur

zu sichern und damit die Zukunftsfähigkeit unseres Kreises auszubauen.

Stand die Region in der Krise der Textilindustrie unmittelbar vor dem Abgrund, so hat sie es mit Tatkraft, Bescheidenheit und mittelständischem Pioniergeist geschafft, Schritt für Schritt die politischen und ökonomischen Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung zu erreichen.

Meilensteine waren:

- Ausbau und Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung
- arbeitsmarkt- und sozialpolitische Initiativen zur Verhinderung und zum Abbau der Arbeitslosigkeit, insbesondere Ausübung der Option
- Ausbau eines Netzes von praxisnahen und beschäftigungsorientierten Berufskollegs sowie individuell qualifizierender Förderschulen
- Bedarfsorientierte Angebote der Kinderbetreuung/ U – 3
- Schaffung und Erhalt einer leistungsfähigen verkehrlichen Infrastruktur, einschl. Rad- und Reitwege
- Erneuerung der K 23(1) in Seppenrade, der K 2 (AN 3) und der K 8 (AN 6) in Olfen-Vinum
- K 2 (AN 13) in Nordkirchen (2,2 km) und zwei Brückenerneuerungen (K 23 in Senden und K 46 in Coesfeld).

Möglich erscheint auch der Baubeginn der südlichen Entlastungsstraße K 17n in Dülmen.

Neubau von 2 Radwegen (an der K 2 (Abschnitt 5 + 6 / 2,8 km) in Olfen und an der K 23 (Abschnitt 1 / 1,5 km) in Seppenrade) .

Mit Blick auf die Baumpflanzaktion an der K 18 in Nottuln möchte ich unsere Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich an die Kreisverwaltung zu wenden, falls eine Baumspende beabsichtigt ist. Gemeinsam wird es uns möglich sein Standorte zu finden, die eine potentielle Verkehrsgefährdung in der Zukunft ausschließen und das Landschaftsbild verbessern.

Kulturelle und touristische Angebote

Münsterland Festival

Das von Frau Sörries maßgeblich entwickelte Format ist zu einem kulturellen Highlight der Region geworden und hierfür gebührt ihr unser Dank und unsere Anerkennung.

Regionale 2016

Sie wird vielfältige Impulse für die Entwicklung des Kreises geben.

Die Burg Vischering als Portal für Burgen und Schlösser des Münsterlandes wird sich bis 2016 als Ort der Begegnung und regionaler Geschichte entwickeln. Als überregionaler Bildungs- und Lernort wird sie Strahlkraft über Lüdinghausen und den Kreis Coesfeld hinaus entwickeln, da ihre Lage im Landschaftsraum Lüdinghausens einzigartig ist und bereits jetzt bundesweite Aufmerksamkeit und Interesse erfährt.

Das bürgerschaftliche Engagement für dieses Projekt ist außerordentlich und wird die Arbeit des Kreises auch in anderen Bereichen prägen.

Im **Olfener Projekt „Bewegtes Land“** geht es u.a. darum, ehrenamtliches Engagement für eine flächendeckende Mobilität zu nutzen und neben anderem darüber nachzudenken, Gesundheitsfahrten in den ÖPNV zu integrieren.

Dahinter verbirgt sich die Idee, peripher gelegene Siedlungsbereiche und kleine Ortsteile durch kleinräumige, maßgeschneiderte Angebote an (Mittel-)Zentren in der Region sowie an starke ÖPNV-Achsen anzubinden, um mit Blick auf die demographische Entwicklung im ländlichen Raum handlungsfähig zu bleiben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns die Chancen der Regionale 2016 nutzen und den Dialog mit den interessierten Bürgerinnen und Bürgern suchen. Als Koordinatorin möchte ich an dieser Stelle Frau Thiesing nicht unerwähnt lassen und ihr für ihren engagierten Einsatz danken.

6. „Es ist von grundlegender Bedeutung, jedes Jahr mehr zu lernen als im Jahr davor.“

Peter Ustinov (1921 - 2004), engl. Schriftsteller u. Schauspieler

Zieht man eine kritische Zwischenbilanz, so haben wir uns sehr gewandelt und in der Tat viel gelernt. Statt individueller Ansätze pflegen wir die interkommunale Zusammenarbeit und Netzwerkarbeit im Kreis wie im Münsterland.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind team- und ergebnisorientiert; unnötigen bürokratischen Aufwand haben wir beseitigt und die Bürger-Orientierung verbessert.

Leider wird dieses Engagement der Mitarbeiterschaft von der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und der sie tragenden Landesregierung nicht honoriert.

Die Verweigerung einer angemessenen Gehaltsanpassung für weite Teile der Beamtenschaft hat für berechtigten Unmut und zu einer Verfassungsklage geführt. Diese Situation ist völlig unbefriedigend, da hier eine für die Stabilität unserer Volkswirtschaft bedeutsame Gruppe von der allgemeinen Gehaltsentwicklung willkürlich abgekoppelt wurde. Das ist leistungsfeindlich, demotivierend und gleichmacherisch. Der damit einhergehende Glaubwürdigkeitsverlust schadet der Politik nachhaltig und schmälert die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes.

7. Meine Rede möchte ich mit 3 Wünschen schließen:

In den zurzeit stattfindenden Koalitionsverhandlungen ist der ländlichen Raum durch Förderung von Maßnahmen der Infrastruktur zu stärken und die kommunale Finanzausstattung insbesondere durch Kostenübernahmen im Sozialbereich zu stärken.

Angesichts der Koalitionsverhandlungen in Berlin kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Frau Kraft nicht immer die Unterstützung in der Landesregierung erfährt, deren es bedürfte, um die Probleme unseres Landes zum Beispiel in der Energiepolitik zu lösen.

Deshalb möchte ich die schon in der Vergangenheit geäußerte Erwartung bekräftigen, das Konnexitätsprinzip konsequenter als bisher umzusetzen. Gleichzeitig muss die Landesregierung ihre Anstrengungen verstärken, die Verwaltungs- und Organisationsstrukturen konsequent zu überprüfen und an die aktuellen Notwendigkeiten und Bedürfnisse anzupassen. Nur so werden sich Effizienzgewinne erzielen lassen und wird ein weiteres Ansteigen der Personalkosten und Pensionslasten vermieden werden können.

An den Landschaftsverband gerichtet möchte ich die Überlegung adressieren, die Aufgaben im Jugendbereich auf die Kreise und kreisfreien Städte zu delegieren, um mögliche Personal- und Effizienzgewinne zu realisieren.

In diesem Sinne möchte ich schließen und uns gemeinsame gute und konstruktive Haushaltsberatungen wünschen.